

# Antworten der Grünen

12.09.2008

## 1 Klimaschutzziel

### 1. Welche Ziele setzt sich Ihre Partei hinsichtlich Reduktion von klimawirksamen Emissionen?

**Bis wann sollen Emissionen auf den Stand von 1990 reduziert werden  
Bis wann auf die Hälfte bzw. auf Null reduziert werden?**

*Die Grünen stehen für die Erfüllung des Kyoto-Ziels, es muss alles dafür getan werden, dieses Ziel (-13 % gegenüber 1990 im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010) vorwiegend mit inländischen Maßnahmen zu erreichen. Demnach müssen die Treibhausgas-Emissionen in den nächsten Jahren auf den Stand von 1990 gebracht und deutlich darunter abgesenkt werden.*

*Bis 2020 sollen nach Meinung der Grünen – den Empfehlungen des Weltklimarates folgend – die Treibhausgasemissionen um 40 % gegenüber dem Niveau von 1990 reduziert werden. Langfristziel ist der völlige Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis 2050, Österreich emittiert dann maximal 10 % der Menge von 1990, das entspricht einer Tonne pro EinwohnerIn und Jahr.*

### 2. Einschätzen des Potenzials für Energieeinsparung und der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen.

**Wie schätzen Sie die Aufteilung der Gesamtenergie im Jahr 2015 ein, wenn die Klimaschutzaktivitäten so weiterlaufen wie bisher (2015-A) bzw. mit Maßnahmen gemäß dem eigenen Parteiprogramm (2015-B, 2030-B)? (Angaben in %)**

*Das Grüne Energiewendeprogramm hat sich zum Ziel gesetzt, die Stromerzeugung bis 2020 ausschließlich auf erneuerbare Energieträger umzustellen, im Wärmebereich liegt das Ziel der völligen erneuerbaren Versorgung im Jahr 2030.*

*Neben der Förderung der erneuerbaren Energieerzeugung ist aber die massive Steigerung der Energieeffizienz essentiell notwendig. Der Stromverbrauch soll bis 2020 um 10 % gesenkt werden, der gesamte Energieverbrauch um 20 % gesenkt werden.*

*Der Entwicklungspfad dahin soll in einem klima- und sozialverträglichen und wirtschaftskompatiblen Energieplan für Österreich definiert werden, der unter Einbindung von NGOs und ExpertInnen erarbeitet werden soll. Ziel ist dabei die festschreibung eines Szenarios für Strom, Wärme und Verkehr, für die aufgeschlüsselt nach den Sektoren der Energiemix bis 2030 inkl. Zwischenzielen sowie die Maßnahmen zu ihrer Erreichung festgelegt werden soll.*

**Wie schätzen Sie die Entwicklung des Gesamtenergieverbrauchs ein, wenn es so weiterläuft wie bisher (2015-A) bzw. mit Maßnahmen gemäß dem eigenen Parteiprogramm**

*Wird die gegenwärtige Politik nicht geändert, so ist mit einer weiter stetig steigenden Energieverbrauch zu rechnen. Der Bruttoinlandsverbrauch stieg in den letzten 10 Jahren um durchschnittlich 1,8 % jährlich. Die WIFO-Energieszenarien gehen bis 2020 ebenfalls mit einem Anstieg von 21 % gegenüber ihrem Basisjahr 2003 aus. Besonders dramatisch ist die Situation auch, weil die Energieintensität, also der Energieverbrauch bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Österreich stagniert bzw. in einigen Sektoren sogar steigt. Ziel der Grünen Energiewende ist es, den Energieverbrauchszuwachs erst einzudämmen und dann den Gesamtenergieverbrauch bis 2020 um 20 % zu senken.*

## **2 Politische Klimaschutzmaßnahmen**

**3. Energiesparen wird schon seit Jahrzehnten gepredigt und mit Hilfe zahlreicher Fördermechanismen versucht umzusetzen. Die Realität zeigte jedoch Jahr für Jahr eine Verbrauchsteigerung.**

**Ist die Energieverbrauchsreduktion ein wesentliches Ziel für Ihre Partei?**

**Wenn ja, wie sollen die vergangenen Misserfolge überwunden werden, um den Energieverbrauch erfolgreich zu reduzieren?**

*Energiesparen ist neben erneuerbaren Energie der wesentliche Schlüssel zum Klimaschutz und zur Schonung der Geldbörse. Energiesparen hilft, die Abhängigkeit von immer teurer werdenden fossilen Energieträgern und von Energieimporten nach und nach zu verringern. Ohne massives Einsparen von Energie ist die 100 %-ige Versorgung mit erneuerbarer Energie nicht möglich. Leider wurde auf das Energiesparen in den letzten Jahren vergessen: der Energieverbrauch steigt stetig weiter, die Energieintensität verbessert sich nicht und teigt in einigen Bereichen sogar an.*

*Die Grünen sprechen daher in ihrem Programm Energiewende der Energieeffizienz und dem Energiesparen eine wesentliche Rolle zu und schlagen folgende Maßnahmen vor (Auswahl):*

- *Nationaler Energieeffizienzplan: Ein Energieeffizienzgesetz fördert die raschere Marktdurchdringung energieeffizienter Technologien*
- *Sanierungsoffensive: Anhebung der Sanierungsrate auf 3 % des Gebäudebestands pro Jahr, gesetzliche Sanierungspflicht. Sanierung von insgesamt 100.000 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren*
- *Passivhausstandard in der Wohnbauförderung: im großvolumigen Wohnbaus ab 2010, im gesamten Wohnbau ab 2012*
- *Flächendeckende und kostenlose Energieberatung für alle österreichischen Haushalte und Betriebe*
- *Energieeffizienzfonds zur Finanzierung von Energieeffizienzprogrammen und Energieeffizienzdienstleistungen*

## **4. Ökologisierung des Wirtschaftssystems:**

**Viele Wirtschaftsexperten/innen sehen in der aufkommensneutralen Umverteilung der Abgabenlast von Arbeitszeit auf (nicht erneuerbare) Ressourcen eine große Chance für Klimaschutz und Arbeitssicherung. Steuereinnahmen aus z.B. CO<sub>2</sub>-Steuer sollen zur Finanzierung von Energiesparmaßnahmen (insbesondere bei sozialer Bedürftigkeit) und zur Senkung der Abgaben auf Arbeitszeit verwendet werden ohne die gesamte Steuerlast zu erhöhen.**

**Wie sieht das Ihre Partei?**

*Die Grünen haben sich seit ihrem Einzug ins Parlament für die Ökologisierung des Steuersystems ausgesprochen und das aktuellste Modell der ökologisch-sozialen Steuerreform aus dem Jahr 2008 sieht genau das vor, was von vielen Wirtschaftsexpert/innen gefordert wird, eine aufkommensneutrale Umverteilung der Steuerlast von Arbeit zu Energie.*

*Die Entlastung des Faktors Arbeit soll einerseits durch einen Ökobonus, der für Erwachsene in der Endausbaustufe 520 Euro beträgt und für Kinder 260 Euro sowie durch eine Reduktion der lohnsummenbezogenen Abgaben erfolgen. Die erforderlichen Mittel für diese Entlastung sollen aus einer stärkeren steuerlichen Belastung fossiler Energie aus Kohle, Öl und Gas sowie anderer umwelt- und klimabelastende Stoffe (CO<sub>2</sub>-Emissionen) bzw. Tätigkeiten (Straßenverkehr) erhalten werden.*

**Wie rasch bzw. in welchen Zeitraum sollte die Ökologisierung umgesetzt werden und wo sehen Sie die Grenzen in der Umsetzung?**

Das Umsteuervolumen des Ökosteuer-Modells 2008 beträgt 7 Mrd €, das bedeutet eine Verdopplung des derzeitigen Ökosteuer volumens. Der Umbau des Steuersystems erfolgt innerhalb von sieben Jahren in drei Etappen: 2009: 1 Mrd €, 2012: 3 Mrd €, 2015: 3 Mrd €. Die ökosoziale Steuerreform 2008 ist nur ein Baustein für die Energiewende und Bekämpfung des Klimawandels. Weitere dringend notwendige Maßnahmen für eine Energiesparrevolution sind (siehe auch Frage 3):

1. Umstellung der Wohnbauförderung: Verwendung der Mittel für den Klimaschutz mit Schwerpunkt der Förderung auf Energieeffizienz-Maßnahmen (Umstellung von Öl- und Gasheizungen, Wärmedämmung mit Fokus auf Einkommensschwache).
2. Der Klima- und Energiefonds muss ein echter Energiewendefonds werden. Das Ziel dieses Fonds muss es sein, nachhaltige Impulse in der Klimaschutzpolitik zu setzen. Zentral ist dabei die Förderung der Klimaforschung und innovativer Klimaschutzprojekte.
3. Massiver Ausbau des Angebots an öffentlichen Verkehrsmittel

Eine offensive Anti-Atompolitik kämpft, auch auf EU-Ebene, entschieden gegen neue Atom-Pläne und weitere Finanzspritzen für die Atomindustrie (z.B. Reform Euratom-Vertrag).

**Welche „ökologischen Maßnahmen“ wird Ihre Partei bei der kommenden Steuerreform vorschlagen und zur Durchsetzung bringen?**

Wir werden unser Modell der ökologisch-sozialen Steuerreform in die nächste Steuerreform einbringen und hoffen es durchsetzen zu können.

## **5. Biomasseaktionsplan**

Der österreichische Biomasseaktionsplan sieht eine Steigerung der energetischen Nutzung bezogen auf das Basisjahr 2004 um 93,5% bis 2010 und um 156% bis 2020 vor. Die Biomasseaufbringung wird jedoch lt. Biomasseaktionsplan insbesondere bei Biotreibstoffen auch ausländische Potenziale verwenden müssen.

**Wie steht Ihre Partei zum Biomasseaktionsplan?**

Der österreichische Biomasseaktionsplan ist über das Entwurfsstadium (2006) nicht hinaus gekommen.

Zum Begutachtungsentwurf des Lebensministeriums merken die Grünen an, dass er nur einen „theoretisch möglichen“ Ansatz darstellt, dem aber wesentliche Elemente wie Treibhausgasbilanzen, Energiebilanzen, Ökobilanzen, Aussagen zum Außenhandel, Flächenbilanzen und Kosten-Nutzen-Analysen fehlen. Der aufgezeigte Pfad ist aufgrund der fehlenden Analysen sehr kritisch zu sehen, insbesondere ist der Zuwachs bei Biokraftstoffen um den Faktor 28 bis 2010 bzw. den Faktor 59 bis 2020 – nicht zuletzt auch wegen der in Österreich nicht vorhandenen Flächen – abzulehnen (siehe auch Frage 6). Dazu möchten wir auf folgende parlamentarischen Anfragen hinweisen:

Anfrage an den Landwirtschafts- und Umweltminister betreffend Nationalen Biomasseaktionsplan

[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J\\_00307/imfname\\_072330.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J_00307/imfname_072330.pdf)

[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB\\_00308/imfname\\_075233.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB_00308/imfname_075233.pdf)

**Wie sehen Sie die Nutzung ausländischer Biomasseressourcen?**

Wesentliches Kriterium bei der Herkunft von Biomasse sind die Produktionsbedingungen der Biomasse und eine positive Energie- bzw. Emissionsbilanz ihrer Erzeugung und vor allem ihres Transports. Entscheidend ist nicht das Herkunftslands, sondern die konkreten Bedingungen ihrer Erzeugung und Transports (siehe unten).

## Was sollte bei der Biomassenutzung vorrangig beachtet werden?

Aus Grüner Sicht sind die wesentlichen Kriterien bei der Biomassenutzung die folgenden:

- Einhaltung von ökologischen Standards bei der nachhaltigen forstlichen Nutzung (Minimierung des Nährstoffentzugs) bzw. der Kultivierung von Energiepflanzen im Ackerbau
- Bei Energiewäldern bzw. Feldfrüchten Berücksichtigung landschaftsökologischer Aspekte, der Artenvielfalt und Naturnähe sowie möglichst geringer Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden und Energie
- Minimierung der Umweltauswirkungen (Energieeinsatz, Emissionen) in der Verarbeitung und im Transport
- Kurze Transportwege, um die Energie- bzw. Emissions- und Ökobilanz (z.B. Energiegehalt der transportierten Biomasse vs. Transportenergie) positiv bzw. vertretbar zu halten
- Einhaltung der Luftreinhaltestandards bei der Verbrennung / Vergasung
- Effiziente Nutzung des Energiegehalts der Biomasse über die gesamte Verwertungskette

## 6. Biotreibstoffrichtlinie:

**Trotz des Nahrungsmittelpreisanstiegs möchte die österreichische Bundesregierung die Ziele der Biotreibstoffbeimischung (10% bis 2010, 20% bis 2020) weiter verfolgen. Wie steht Ihre Partei dazu?**

Aus der Sicht der Grünen ist die politische Forcierung von Agrartreibstoffen (Förderungen, Steuererleichterungen, Beimischungsquoten) der „ersten Generation“ ökologisch nicht sinnvoll, sozial gefährlich und wirtschaftlich fragwürdig. Wir kritisieren die überzogenen Substitutionsziele der österreichischen Bundesregierung, die ja noch weit über die Ziele EU-Biokraftstoff-Richtlinie hinausgehen, massiv. Insbesondere stellen wir die Öko- sowie CO<sub>2</sub>-Bilanzen in Frage. Besonders problematisch sehen wir auch den Umstand, dass Agrartreibstoffe auf Rohstoffen basieren, die in direkter Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen. UNO, FAO und Weltbank warnen und weisen auf den dramatischen Anstieg der Lebensmittelpreise in den Entwicklungsländern hin, der zu Hungerrevolten und Destabilisierungen führt.

Unsere Kritik wurde durch eine Enquete im Parlament, mehrere Pressekonferenzen und in unserer parlamentarische Arbeit zum Ausdruck gebracht. Wir möchten auf folgende parlamentarischen Anfragen hinweisen:

Anfragen an den Landwirtschafts- und Umweltminister betr. Infragestellung der "Biosprit-Strategie der österreichischen Bundesregierung

[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J\\_04601/imfname\\_112440.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J_04601/imfname_112440.pdf)

[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB\\_04491/imfname\\_116722.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB_04491/imfname_116722.pdf)

sowie ähnlich lautend an den Bundeskanzler:

[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J\\_04600/imfname\\_112437.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J_04600/imfname_112437.pdf)

[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB\\_04531/imfname\\_117009.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB_04531/imfname_117009.pdf)

Anfrage an den Wirtschaftsminister betr. Bevorratungspflicht importierter "Bio"kraftstoffe

[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J\\_04031/imfname\\_105616.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J_04031/imfname_105616.pdf)

[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB\\_04007/imfname\\_111731.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB_04007/imfname_111731.pdf)

Anfrage an den Landwirtschafts- und Umweltminister betr. Beimischung von Agro-Diesel ("Biodiesel") und Agro-Ethanol ("Bioethanol") zu fossilem Diesel und fossilem Benzin

[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J\\_04030/imfname\\_105617.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J_04030/imfname_105617.pdf)

[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB\\_03982/imfname\\_111527.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB_03982/imfname_111527.pdf)

Anfrage an den Wirtschaftsminister betr. Bevorratungspflicht importierter Kraftstoffe  
[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J\\_02644/imfname\\_095029.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J_02644/imfname_095029.pdf)  
[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB\\_01991/imfname\\_097444.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB_01991/imfname_097444.pdf)  
sowie ähnlichlautend an den Landwirtschafts- und Umweltminister  
[https://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J\\_02643/imfname\\_095030.pdf](https://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/J/J_02643/imfname_095030.pdf)  
[https://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB\\_02636/imfname\\_100738.pdf](https://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/AB/AB_02636/imfname_100738.pdf)

## **Wie möchte Ihre Partei verhindern, dass die Biotreibstoffproduktion die Nahrungsmittelversorgung gefährdet – in Österreich – in den Entwicklungsländern?**

*Die Grünen haben einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, im Lichte der Welternährungskrise und aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse das 10%-Beimischungsziel für Agrarsprit, das die Europäische Kommission für 2020 anpeilt und die österreichische Bundesregierung sogar schon im Jahr 2010 erreichen will, aufzugeben und auf EU-Ebene für ein Moratorium hinsichtlich der Verwendung von Getreide und Ölrüchten zur Produktion von Agrartreibstoffen einzutreten.*

[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/A/A\\_00872/imfname\\_115674.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/A/A_00872/imfname_115674.pdf)

*Zum Kampf gegen Hunger auf globaler Ebene haben die Grünen eine Reihe von Maßnahmen in einem Entschließungsantrag formuliert, der jedoch aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen nicht mehr behandelt wurde. Es ist davon auszugehen, dass wir auch in der kommenden Legislaturperiode einen ähnlichlautenden Antrag einbringen werden:*

*876/A(E) (XXIII. GP) Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen betreffend Kampf gegen Hunger durch globale Agrarwende*  
[http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/A/A\\_00876/imfname\\_115677.pdf](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/A/A_00876/imfname_115677.pdf)

## **Bis zu welcher Höhe sollte Österreich die Biotreibstoffbeimischung nach oben anstreben?**

*Österreich sollte keinesfalls die derzeitigen verfehlten Substitutionsziele weiter verfolgen, sondern ganz im Gegenteil auf EU-Ebene dafür eintreten, dass der Beimischzwang für Agrotreibstoffe deutlich nach unten revidiert oder abgeschafft wird. Aktuelle dahingehende Initiativen des EP-Umweltausschusses sollten aufgegriffen und unterstützt werden. Eine Biomassestrategie, die auf konsequenter Reststoffnutzung beruht, halten wir für unterstützenswert.*

## **Je nach Studienautor beträgt das CO<sub>2</sub>-Äquivalent von Biotreibstoffen von 30% bis 170% von jenem des fossilen Treibstoffes. Welchen Studien vertrauen Sie?**

*Studien von OECD, Weltbank, des Internationale Währungsfonds IWF oder wie z.B. des Nobelpreisträgers Paul Crutzen kommen hinsichtlich der „ersten Generation“ der Agrotreibstoffe aus unterschiedlichen Gründen zu sehr kritischen Ergebnissen (Crutzen et al: Durch intensive Düngung entstehen Lachgas-Emissionen, die die positiven Effekte von eingesparten CO<sub>2</sub> wieder aufheben oder sogar verschlechtern. Nach diesen Ergebnissen ist „Biodiesel“ 1 bis 1,7 mal klimaschädlicher als normaler Treibstoff, Bioethanol aus Mais bis zu 1,5 mal). Daher orientieren wir uns daran und nicht an den interessensgeleiteten Aussagen des Bauernbundes oder des Landwirtschaftsministers.*

## **7. Pendler und Transportgewerbe sind von den hohen Treibstoffpreisen besonders betroffen.**

**Weniger Fahrten wären zwar gut für die Umwelt, allerdings nicht immer möglich. Wie wollen Sie finanzielle Engpässe in diesen Bereichen vermeiden?**

*Die Grünen schlagen für die neue Gesetzgebungsperiode zusätzlich eine Mrd Euro (200 Mio/Jahr) für einen Qualitätsschub im Nah- und Regionalverkehr vor (Investitionen, zusätzliche Zugs- und Busangebote).*

*Zusätzlich sollen tarifliche Erleichterungen und Verbesserungen umgesetzt und damit die Entscheidung zum Umsteigen auf das verbesserte Öffi-Angebot nochmals erleichtert werden:*

- *Öffentliche Verkehrsmittel werden für Kinder, SchülerInnen und Lehrlinge gratis. Die Fahrt zur Klavierstunde oder zum Fußballtraining ist dann ebenso gratis wie bisher schon die Fahrt zur Schule. Das entlastet junge Menschen und Familien. Das lästige Kaufen der zusätzlichen Monatsmarke für SchülerInnen fällt weg.*
- *StudentInnen fahren kostenlos zwischen zu Hause und dem Studienort.*
- *Zeitkarten für Öffis bis hin zur Jahreskarte werden steuerlich voll berücksichtigt. Das hilft auch PendlerInnen.*
- *Alle Öffis zum halben Preis: Die günstige Grüne Halbp reis-Karte gilt österreichweit für Bahn, Bus, Straßenbahn, U-Bahn und ist für PendlerInnen im ersten Jahr gratis.*
- *Mobilitäts card (Mobi-Card) für bequeme Mobilität ohne Anstellen und Automaten – die intelligentere Österreich-Card - alle Öffis bundesweit mit einer einzigen Karte nutzen, abgebucht wird automatisch immer der günstigste Tarif – wie in den Niederlanden ab 2009.*

*Diese Maßnahmen sollen aus Einnahmen bzw. eingesparte Ausgaben im Straßenbereich finanziert werden; in Frage dafür kommt entweder eine flächendeckende LKW-Maut wie in der Schweiz - von der SPÖ-ÖVP-Regierung trotz positiver Machbarkeitsstudie verschleppt - oder eine Sonderdividende der ASFINAG, bei der im Rahmen eines*

*"Straßenbaumoratoriums" die Ausbauerfordernisse angesichts der Ölpreisentwicklung und der Klima-Erfordernisse neu geprüft und deutlich reduziert werden, wodurch ein Teil der bisher für den Bau weiterer Transitachsen verplanten Einnahmen frei würde.*

*Beim Schienengüterverkehr soll durch mehr Kostenwahrheit auf der Straße der Nachteil weiter reduziert und das Verlagern auf die Schiene unterstützt werden, zusätzlich sollen Anschlussbahnen für Betriebe, Umschlagplätze sowie Kombiverkehr verstärkt gefördert werden. Das Transportgewerbe wurde im Straßengüterverkehr in den letzten Jahren durch Maßnahmen wie die Halbierung der LKW-Kfz-Steuer massiv entlastet, hier sehen die Grünen keinen Spielraum mehr nach unten, es sei denn, Österreich will beim Sozial- und Sicherheitsdumping im LKW-Verkehr die Standards von Kasachstan oder Russland unterbieten, was für uns indiskutabel ist.*

## **8. Förderung von Photovoltaik:**

**Ökostromgesetz 2003:** wegen der „Deckelung“ war das 15 MW-Kontingent in 14 Tagen ausgeschöpft.

**Juni 2008:** Photovoltaik-Investitionsförderung über den Klima-Energiefond war innerhalb eines Tages ausgeschöpft.

**Wie möchten Sie die Photovoltaik in Zukunft fördern?**

**Wie schnell darf bzw. soll die Solarenergienutzung wachsen?**

*Zentral für die nachhaltige Entwicklung des PV-Marktes sind langfristig gesicherte und absehbare Rahmenbedingungen. Die Grünen setzen sich daher für ein Ökostromgesetz nach dem Vorbild des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes ein, welches die Wirksamkeit eines derartigen Instruments eindrucksvoll unter Beweis stellt. Zentrale Elemente sind für uns dabei:*

- *Aufhebung der Deckelung der Mittel*
- *Differenzierung bei der Förderhöhe zwischen konventionellen, gebäude- bzw. fassadenintegrierter PV*
- *Erhöhung der Laufzeit der geförderten Einspeisetarife auf 20 Jahre*

- *Angemessene, absehbare Degression der Tarife sichern eine kontinuierliche Technologieentwicklung und die Heranführung an die Marktreife*
- *Zielrichtung: gleichmäßige Wachstumsrate wie am Weltmarkt: 30 bis 40 % pro Jahr*

*Daneben bedarf es begleitender Maßnahmen wie*

- *Öffentliche Hand investiert als Vorbild in PV (bspw. Auf öffentlichen Gebäuden wie Schulen etc.)*
- *Maßnahmen zur Ausbildung und Qualifizierung von ArchitektInnen, PlanerInnen und der involvierten Gewerke*
- *Verbesserte Rahmenbedingung für die gezielte Forschung v.a. in Nischenbereichen mit österreichischen Stärken (z.B. Gebäudeintegration)*

### **9. Welche wirtschaftlichen Risiken und Chancen sehen Sie im Zusammenhang mit der Nutzung erneuerbare Energie und Energieeffizienz?**

*Das Grüne Programm der Energiewende bedeutet natürlich sehr große Veränderungen im gesamten Lebens- und Wirtschaftsbereich der Menschen in Österreich, sie bietet aber auch große Chancen und ist unserer Meinung nach alternativenlos. Die Reduktion und spätere völlige Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern bzw. deren Import schafft soziale und wirtschaftliche Stabilität und hilft uns, den Klimawandel auf ein verträgliches Maß zu reduzieren. Sie schafft große Möglichkeiten für Österreichs Wirtschaft, mit dem Grünen Maßnahmenprogramm werden allein in Österreichs Umwelt- und Energietechnologiebranche 100.000 Arbeitsplätze geschaffen.*